

Eröffnung der Ausstellung :

## **DIE LINDENSTRASSE 54/55 ALS SOWJETISCHES GEHEIMDIENST- UND STASI-UNTERSUCHUNGSGEFÄNGNIS**

**21. Februar 2007**

# **PRESSESPIEGEL**

**Potsdamer Neueste Nachrichten, 22.2.2007**

**„Jedes Opfer ist einmalig“**

**Potsdamer Ex-Stasi-Gefängnis Lindenstraße 54: Hunderte kamen zu Eröffnung von Dauerausstellung**

Von Guido Berg

Potsdam - Auf eine überwältigende Resonanz ist gestern die Eröffnung einer Dauerausstellung im früheren Untersuchungsgefängnis der DDR-Staatssicherheit und des sowjetischen Geheimdienstes NKWD in der Potsdamer Lindenstraße gestoßen. Statt der erwarteten rund 200 ehemaligen Häftlinge und Interessierten kamen über 600 zur Eröffnungsveranstaltung, die am Vormittag anstatt im Alten Rathaus in der Potsdamer Nikolaikirche stattfand. Am Nachmittag erzählten sich Ex-Häftlinge in dem Gefängnisbau in der Lindenstraße vieldutzendfach ihre erschütternden Erlebnisse.

Zwischen 1952 und 1989 waren genau 6698 Menschen in der Lindenstraße 54 eingesperrt, informierte Brandenburgs Kulturministerin Johanna Wanka (CDU) in ihrer Eröffnungsrede. Etwa 2000 bis 2500 Menschen saßen in der NKWD-Zeit zwischen 1945 und 1952 in der Lindenstraße 54 ein, ergänzte Hans-Hermann Hertle vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF). Die Vorwürfe waren oft willkürlich und meist politischer Natur: Hetze, Propaganda, Spionage oder Republikflucht. Kritik übte Ministerin Wanka an den Entschädigungsregelungen für die Opfer der DDR-Diktatur: „Eine Ehrenrente hätte den grundsätzlichen Respekt der Bundesrepublik für diese Menschen ausgedrückt.“ Auch die heutige Gedenkstätte für das auch „Lindenhotel“ genannte Gefängnis sei bislang finanziell „vernachlässigt“ worden. Vor 1945 saßen dort Verfolgte des nationalsozialistischen Regimes ein, darunter der Kommunist Werner Seelenbinder. Neben dem Volksgerichtshof tagte dort auch das Erbgesundheitsgericht, das seine Opfer zu Zwangssterilisationen verurteilte. „Die Lindenstraße 54“, sagte Johanna Wanka, „ist ein Ort der politischen Justiz und ein Synonym für die Kontinuität politischer Verfolgung im 20. Jahrhundert“. „Wie sehr sich die Fratzen der Diktaturen gleichen“, erklärte Horst Schüler,

Vorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft. Sein Vater saß 1942 in der Lindenstraße 54 ein und starb im Konzentrationslager Sachsenhausen. Er selbst kam nach 1945 in die Lindenstraße. „Wir unterlagen jeder Art physischer und psychischer Gewalt“, sagte er.

„Aus der Singularität der Nazi-Herrschaft darf keine Opfer-Hierarchie abgeleitet werden“, forderte ZZF-Forscher Hertle: „Jedes Opfer ist einmalig.“ Zwei Drittel der Häftlinge seien nicht älter als 30 Jahre gewesen, berichtete er. Arbeiter stellten die größte Berufsgruppe. 2000 wollten aus der DDR fliehen oder halfen anderen dabei, so Hertle. Bei 1600, zumeist religiös-aktiven Menschen, lautete der Vorwurf „Spionage“. 900 Verhaftete hatten Kritik am Mauerbau oder an der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ im Jahr 1968 geübt, ihnen wurde „staatsfeindliche Hetze“ vorgeworfen. 750 Menschen wurden in Verbindung mit einem Ausreiseantrag verhaftet. Hertle erinnerte daran, dass 2,3 Millionen DDR-Bürger Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) waren. Sie glaubten an das bessere System des Sozialismus, haben aber „zu lange über zu vieles hinweggesehen“.

## **Potsdamer Neueste Nachrichten, 22.2.2007**

### **Freiheit ist nicht selbstverständlich**

**Erschütternde Zeitzeugen-Berichte bei Ausstellungseröffnung in der Gedenkstätte Lindenstraße 54**

Ein weißes Band führt durch die Ausstellung. Es holt die Passanten von da ab, wo sie sind, vom Pflaster des Gehweges vor der Lindenstraße 54. Von 1952 bis 1989 war dies die Adresse des berüchtigten Potsdamer Stasi-Untersuchungsgefängnisses. Die Ausstellungsmacher, das Potsdam-Museum und das Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF), beschrifteten das weiße Band im Gehwegpflaster mit einer Aussage des Ex-Häftlings Horst Köhler: „Ich finde es wichtig, dass alle erfahren, was mit uns geschah, damit sie wissen können, dass die Freiheit, in der sie leben, nicht selbstverständlich ist.“

Die Gäste der gestrigen Eröffnungsfeier für die Dauerausstellung über die Lindenstraße 54 als sowjetisches Geheimdienst- und Stasi-Untersuchungsgefängnis verkörperten leicht über 1000 gestohlene Lebensjahre, verbracht in DDR- und sowjetischen Gefängnissen und Straflagern. Die Anklagen lauteten etwa auf „Mitgliedschaft in einer klerikal-faschistischen Organisation“, wie zum Beispiel bei Hermann Kahlert. Er hatte als Katholik religiöse Veranstaltungen im damaligen West-Berlin besucht. „Trude, hier steht Vati...“ ruft er überrascht. Auf den weißen Bändern, die die Gefängnisflure entlangführen, sind Namen von Opfern und deren Daten eingraviert. Kahlert wusste, dass sein Name dabei ist, dass aber auch sein Vater nicht vergessen wurde, rührt den heute in Dänemark Lebenden zutiefst.

„So ein Luxusbett hatten wir nicht“, versichert Georg Rabach aus Brandenburg/Havel angesichts eines Bettes mit Stahlfederung. Er lag zwischen dem 28. Mai 1954 und dem 23. August 1954 in der Lindenstraße auf „Brettern mit Aufliegern“. Er machte sich laut Stasi-Anklage des „Boykottes“ und der „Kriegshetze“ schuldig. Der wahre Grund aber, versichert Rabach, war seine Mitgliedschaft bei den Zeugen Jehovas.

Hauptexponat der Ausstellung ist das Gefängnis selbst, dessen Zellenwände mit Dokumenten und Darstellungen versehen sind. So wird an Johanna Kuhfuß erinnert, Verkäuferin aus Werder, die mit 23 Jahren am 10. April 1952 in Moskau erschossen wurde. Das gleiche Schicksal erlitten neben vielen anderen auch das Ehepaar Charlotte und Erwin Köhler. Er war damals Potsdamer CDU-Vorsitzender. Erschütternd auch dies: Da ein Blutstropfen nur für zwei Buchstaben reicht, munterte Helga Rist ihre Lieben mit einem aus der Lindenstraße geschmuggelten „Blutbrief“ vom 1. März 1948 im Telegramm-Stil auf: „Muttelein, sei tapfer, nie Hoffnung aufgeben ...“

Blumen mit einer Schleife für seinen Sohn Alexander legte Rüdiger Oehmke gestern an der Gedenkstele im Innenhof ab. Der Junge war mit zwölf Jahren am 18. März 1985 an Leberkrebs gestorben. Er wäre gestern 34 Jahre alt geworden. Die Ursache war Oehmke zufolge psychosomatischer Natur. Als er im Zuge seines Ausreiseantrages in der Lindenstraße in Einzelhaft saß, bekam dies sein Sohn durch Benachteiligungen in der Schule zu spüren. Er galt als der Sohn eines „Verräters und Agenten“. Oehmke war als Wanderer mit Rucksack bei Grevesmühlen unweit der deutsch-deutschen Grenze festgenommen worden. Nach 18 Monaten kam er 1981 zusammen mit 30 anderen im Austausch gegen die DDR-Spionin Christel Guillaume frei und in die Bundesrepublik.

Bedrückt schaut sich Rüdiger Oehmke in den Zellen um. Hier und da erinnert er sich. Die Glasbausteine zum Beispiel. Glasbausteine statt Fenster in den Zellen, das ist eine subtile Foltermethode, sagt er. Es fehlt die Sonne, das Grün der Bäume. „Ach, darum hast du zu Hause die Glasbausteine rausgerissen“, sagt seine zweite Frau Sabine Oehmke. Nachdenklich steht der Ex-Häftling im Gefängnisflur. Ob es einen Zusammenhang gibt?

Da läuft Gabriele Schnell vorbei, die Ausstellungs-Kuratorin. Sie hat viele Interviews mit Betroffenen geführt. Doch hat sie auch schon einen ehemaligen Gefängniswärter gesprochen? Leider nein, sie habe noch keinen gefunden. Dabei sichere sie Anonymität zu.

## **Potsdamer Neueste Nachrichten, 22.2.2007**

### **Hinschauen**

*Michael Erbach begrüßt die Ausstellung in der Lindenstraße 54*

Zu DDR-Zeiten machten Potsdamer gewöhnlich einen Bogen um das Areal in der damaligen Otto-Nuschke-Straße oder wechselten – voller Unbehagen – die Straßenseite, wenn sie doch dort entlang mussten. Alle wussten, was sich hinter den Mauern der Hausnummer 54 verbarg. Was dort wirklich geschah, wussten allerdings nur zwei Gruppen von Menschen: Täter und Opfer. Der Gebäudekomplex Lindenstraße 54 war ein Ort des Terrors, der Folter und der politischen Justiz: zu Zeiten des Faschismus, der sowjetischen Besatzung und zu DDR-Zeiten. Das macht dieses Haus so wichtig, zeigt es doch die Kontinuität von politischer Gewalt in Diktaturen. 6698 Menschen waren allein zu SED-Zeiten zwischen 1952 und 1989 dort inhaftiert. Das überwältigende Echo auf die gestrige Ausstellungseröffnung und

die bewegenden Momente während des Rundgangs zeigen nicht nur, wie lebendig erlebte Geschichte heute noch ist. Es stellt sich auch die Frage, warum es nach der Wende 17 Jahre brauchte, um diesen Tag – der auch ein Tag der Verneigung vor den noch lebenden Opfern ist – stattfinden zu lassen. Bleibt zu hoffen, dass dieses Ereignis keine Eintagsfliege ist. Statt wegzuschauen wie damals, dürfen wir heute hinschauen auf das, was geschah. Nein, wir müssen.

## **RBB online, 22.2.2007**

**Geschichte**

### **Gefängnis des Geheimdienstes in Potsdam**

In der Potsdamer Gedenkstätte in der Lindenstraße ist am Mittwoch eine Dauerausstellung für die Häftlinge des sowjetischen Geheimdienstes und der Staatsicherheit eröffnet worden.

Zu der Eröffnung waren neben Kulturministerin Johanna Wanka (CDU) und Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) über 100 frühere Häftlinge aus den Jahren 1945 bis 1989 gekommen.

Das Gebäude in der Potsdamer Innenstadt wurde von 1941-45 von den Nationalsozialisten als Gefängnis für politische Häftlinge genutzt. Nach dem Ende des Kriegs übernahm die sowjetische Geheimpolizei das Gefängnis. Von 1953-89 wurde es dann zum Gefängnis der Staatssicherheit der DDR umgewandelt. Seit 1995 ist das Haus eine Mahn- und Gedenkstätte.

## **Berliner Morgenpost, 22.2.2007**

### **Einblicke ins alte Stasi-Gefängnis**

**Potsdams "Lindenhotel" mit Dauerausstellung wiedereröffnet**

*Von Dieter Salzmann*



Ex-Häftling Rüdiger Oehmke im Hof des Stasi-Gefängnisses  
Foto: Salzmann

**Potsdam.** Von der Straßenseite aus fügt sich das Gebäude an der Lindenstraße 54 harmonisch ins Ensemble der Potsdamer Innenstadt. Aber hinter den Mauern des im Jahre 1809errichteten barocken Stadtpalais verbargen sich für Jahrzehnte der

Schrecken von KGB und Stasi. Mitten in der Stadt unterhielten zunächst die Sowjets, später die DDR-Staatssicherheit ein Untersuchungsgefängnis, das allein unter der Führung der Stasi 7000 Häftlinge passierten.

17 Jahre nach der Entlassung des letzten Häftlings wurde gestern in das zu einer Gedenkstätte umgebaute Gefängnis mit einer Dauerausstellung wiedereröffnet. Tafeln informieren über die Stationen der Häftlinge. Weiße Leitstreifen, auf denen Daten von Häftlingen nebst Fingerabdruck und angebliche Delikte aufgelistet werden, leiten Besucher durch Innenhöfe und Räume.

"Die Lindenstraße ist als ein Ort politischer Justiz und als zentrale Einrichtung zur Verfolgung politisch Andersdenkender zu verstehen", sagte Brandenburgs Kulturministerin Johanna Wanka. Sie würdigte den Mut der etwa 100 früheren Häftlinge, die sich an diesem Tag der Erinnerung stellen.

Einer von ihnen war Rüdiger Oehmke. Der damals etwa 30-jährige Auto-Ingenieur aus Ludwigsfelde saß zu Beginn der 80er-Jahre vier Monate in Einzelhaft, bevor er zu zwei Jahren und zehn Monaten Haft verurteilt worden war. Sein Delikt: Er hatte Verwandten geschrieben, dass seine Ausreiseanträge immer wieder abgelehnt wurden. Die Briefe wurden abgefangen, Oehmke wegen "Agententätigkeit" verurteilt. Im "Lindenhotel", wie das Gefängnis unter den Häftlingen genannt wurde, musste Oehmke stundenlange Verhöre über sich ergehen lassen. Für mindestens 69 Häftlinge, die während der KGB-Führung an der Lindenstraße eingesperrt waren, begann im "Lindenhotel" eine Reise ohne Wiederkehr. Sie waren von sowjetischen Militärgerichten zum Tode verurteilt worden, wurden nach Moskau deportiert und dort hingerichtet.

Öffnungszeiten der Gedenkstätte: Di., Do., Sbd., 9-17 Uhr, an anderen Tagen nach Anmeldung (Tel. 0331/ 289 68 03).

## **Märkische Allgemeine Zeitung, 22.2.2007**

### **Die späte Genugtuung**

#### **Hundert Ex-Häftlinge bei Ausstellungseröffnung in der Lindenstraße 54**

INNENSTADT. Oberbürgermeister Jann Jakobs hat gestern bei der Eröffnung der neuen Ausstellung über das NKWD- und Stasi-Gefängnis in der Lindenstraße 54 seine Entschuldigung an die ehemaligen Häftlinge wiederholt. Bezug nehmend auf seinen Geburtstagsglückwunsch an den früheren DDR-Oberrichter Hermann Wohlgethan in der Vorwoche, bezeichnete er das Schreiben an den Hundertjährigen als "absoluten Fehler". Sollte dadurch der Eindruck entstanden sein, "dass wir das Unrecht relativieren, dann möchte ich mein tiefes Bedauern ausdrücken", sagte Jakobs vor etwa hundert ehemaligen Häftlingen, die aus ganz Deutschland zum Empfang in der voll besetzten Nikolaikirche angereist waren. Ehemalige Häftlinge wie der gebürtige Potsdamer Karl Alich, der 1971 nach einer gescheiterten Flucht inhaftiert worden war, billigten Jakobs "guten Willen" zu. "Aber bei Menschen, die in Westberlin sozialisiert worden sind, fehlt einfach die notwendige Sensibilität – sie können unsere Erfahrungen nicht nachvollziehen, weil das nicht erlernbar ist." Solche mangelnden Erfahrungen könne man niemandem zum Vorwurf machen, so Alich.

Viele der ehemals Inhaftierten empfanden die Ausstellung, in der Gefangenschicksale audiovisuell erlebbar werden, als späte Genugtuung. "Weil

man lange das Gefühl hatte, dass alles vergessen ist", sagte Heidelore Rutz, deren Kinder während ihrer Inhaftierung 1983 in einem Heim untergebracht worden waren und die freigekauft worden war: "Jetzt sieht man, dass sich Menschen bemühen, diese Vergangenheit aufrecht zu erhalten."

Eine Vergangenheit, von der die Zeitzeugen während eines Rundgangs im Beisein von Kulturministerin Johanna Wanka wieder überwältigt wurden. "Wir konnten uns nur durch Klopfzeichen an den Wänden untereinander verständigen; unser Freigang war im metergroßen ‚Tigerkäfig‘", erzählte etwa Rüdiger Oehmke. 1979 hatte man den 59-Jährigen, der einen Ausreiseantrag gestellt hatte, wegen "Agententätigkeit" verhaftet. Seine ebenfalls inhaftierte Frau wurde von der Stasi zur Scheidung gezwungen: "In dieser Schau können Lehren aus der Geschichte gezogen werden – besonders damit Kinder zu Demokraten werden", so Oehmke sichtlich bewegt. Wie Hans-Hermann Hertle vom Zentrum für Zeithistorische Forschung als Berater der Schau ankündigte, soll bis 2009 die ganze Geschichte der Lindenstraße 54 – vom Barock bis zur Wende – erlebbar sein. Nach den Modulen zu NKWD- und Stasi-Zeit, deren Kosten von 65 200 Euro zum Großteil die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur getragen hat, könne man nun dank EU-Förderung mit der Aufarbeitung der NS-Zeit beginnen, als sich das "Erbgesundheitsgericht" im Haus befand. Um die Gedenkstätte künftig adäquat betreuen zu können, plädierte Hertle für die Schaffung einer neuen Personalstelle. /ir

**ddp, 22.2.2007**

### **Dauerausstellung in früherem Geheimdienstgefängnis eröffnet**

Mittwoch 21. Februar 2007, 13:21 Uhr



Potsdam (ddp-lbg). Eine Dauerausstellung über das sowjetische Geheimdienst- und Stasi-Untersuchungsgefängnis ist am Mittwoch in der Potsdamer Gedenkstätte «Lindenstraße 54/55» eröffnet worden. Die «Lindenstrasse» sei ein Ort politischer Justiz und der Verfolgung Andersdenkender gewesen, sagte Kulturministerin Johanna Wanka (CDU) zur Einweihung. Die Stätte demonstriere die Kontinuität politischer Verfolgung im 20. Jahrhundert.

Das Haus Lindenstraße 54 hatte bereits in der NS-Zeit als politisches Gefängnis gedient. Von 1945 bis 1952 nutzte der sowjetische Geheimdienst das Anwesen als zentrales Untersuchungsgefängnis für das Land Brandenburg. Viele Häftlinge wurden von sowjetischen Militärtribunalen zum Tode verurteilt und in Moskau hingerichtet.

Nach der Übergabe an das Ministerium für Staatssicherheit 1952 befand sich hier das Stasi-Untersuchungsgefängnis für den Bezirk Potsdam. Laut der Häftlingskartei der Stasi-Bezirksverwaltung wurden hier bis zur Wende 7000 Menschen eingesperrt. Ihnen wurden politische Delikte wie Spionage, Sabotage, staatsfeindliche Hetze oder Republikflucht vorgeworfen. 1995 wurde das Anwesen zur Gedenkstätte erklärt. In der vom Potsdam-Museum und vom Zentrum für Zeithistorische Forschung gestalteten Exposition können sich Besucher über die Epochen «Sowjetisches Geheimdienstgefängnis» und «Stasi-Gefängnis» sowie über exemplarisch ausgewählte Schicksale einzelner Häftlinge informieren. Erinnerung wird auch an die bis 1952 zum Tode verurteilten Menschen. Finanziert wurde die Ausstellung von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, dem Kulturministerium, der Stadt Potsdam und privaten Förderern.  
(ddp)

## Deutsche Welle/DP Kultur, 22.02.2007

### „Lindenhotel“ – Das Potsdamer Geheimdienstgefängnis wird als Gedenkstätte mit einer Dauerausstellung eröffnet

von Sigrid Hoff

In diesen Tagen fand der Film „Das Leben der Anderen“ in Amerika großen Anklang, weil er das Bild vom Leben in der DDR nicht wie in „Goodbye Lehnin“ als Komödie sondern als Tragödie zeichnete - mit durchaus realistischem Hintergrund. Immer wieder gibt es Diskussionen um die Entschädigung der Opfer des SED-Regimes, fühlen sie sich von Mitgliedern der Links-Partei verunglimpft oder gegenüber Mitläufern des Systems benachteiligt.

Erst allmählich kommen immer mehr Details über das Ausmaß der Schikanen ans Licht, mit denen die DDR ihre eigenen Bürger drangsalierte. Vieles ist kaum bekannt, so die Tatsache, dass in den ersten Jahren nach dem Krieg zahlreiche Menschen willkürlich verhaftet, zum Tode verurteilt und in Moskau erschossen wurden. Bürgerrechtler haben schon 1990 das Stasi-Gefängnis Lindenstraße in Potsdam als zentralen Gedenkort reklamiert. Gestern nun, 17 Jahre nach dem Ende der DDR, wurde es mit einer ersten, noch bescheidenen Dauerausstellung als Gedenkstätte offiziell eröffnet – eine späte Genugtuung für die fast 7000 Männer und Frauen, die hier bis 1989 inhaftiert waren. Sigrid Hoff berichtet.

Das Vorderhaus: ein prächtiges, barockes Palais in einer kleinen Nebenstraße, nur wenige Meter von Potsdams Haupt-Einkaufsmeile entfernt. Jahrzehnte lang war die Lindenstraße 54 ein Ort des Terrors gegen Andersdenkende oder auch nur gegen Ausreisewillige. Vor 1989 konnte man auf einem Schild lesen: „Bitte nur den gegenüberliegenden Bürgersteig benutzen“. Aber die Potsdamer wechselten schon von ganz allein die Straßenseite. Rüdiger Oehmke kam 1980 in das Stasi-Gefängnis, weil er einen Ausreiseantrag gestellt hatte. Jetzt steht er im Hof vor dem Gefängnisstrakt und schaut nach oben:

#### TAKE 1

*Irgendwo wo da oben muß meine Zelle sein, ich war 4 Monate hier in Einzelhaft.*

Das „Lindenhotel“, wie das Stasigefängnis von Potsdamer Bürgern wie den Häftlingen selbst genannt wurde, zeigt wie kaum ein anderer Ort in Potsdam oder Berlin die Kontinuität politischer Verfolgung: Während der NS-Zeit waren hier Angeklagte des Volksgerichtshofes inhaftiert, im Gerichtssaal des Vorderhauses tagte das berüchtigte „Erbgesundheitsgericht“ und verurteilte politisch Missliebige zur Zwangssterilisation. 1945 übernahm die sowjetische Besatzungsmacht das Haus und führte die Geschichte politischer Justiz weiter: Von 1945 bis 1952 wurden hier zahlreiche Menschen zu jahrzehntelangen Haftstrafen, zur Zwangsarbeit in sowjetischen Lagern oder gar zum Tode verurteilt. Auch Ilse Paetzold, Jahrgang 1920, war Ende der 1940er Jahre in der Lindenstraße inhaftiert. Sie hatte Glück und wurde - nach verschiedenen Haftstationen – 1954 freigelassen. An das Potsdamer Gefängnis hat sie die schlimmsten Erinnerungen:

## **TAKE 2**

*Die Lindenstraße, von der Haft, war das allerschlimmste. Ich wurde mit dem Lastwagen abgeholt, einen Schäferhund zur Bewachung. Und dann, so wie ich eingesperrt war, ein Jahr immer in den gleichen Klamotten, nicht zum Rundgang gelassen, weder Licht noch Sonne gesehen, nur manchmal am Holzverbreterten Fenster ein Vögelchen oder mal eine Fliege gefangen und versucht, sie ein bisschen zu verwöhnen.*

Die neue Dauerausstellung hat als zentrales Exponat den Ort selbst, das Gefängnis mit seinen Zellen. Wenige Exponate und erklärende Texte ergänzen den Ort. Ein „Band des Erinnerns“ zieht sich entlang der Wände. Auf ihm sind Namen von Häftlingen notiert, ihre Herkunft, ihr Beruf und das Delikt, das ihnen zur Last gelegt wird. Gabriele Schnell, Kuratorin der Ausstellung:

## **TAKE 3**

*Dank eines Forschungsprojektes, was stattgefunden hat, wissen wir, dass knapp 7000 Menschen in diesem einem von 17 Stasi-Gefängnissen inhaftiert waren, bis zum Mauerbau unter dem Vorwurf der Spionage, dann ändern sich die Deliktvorwürfe, die größte Häftlingsgruppe ist Fluchtversuche, in den 80er Jahren, zahlreiche Menschen, die ihr Völkerrecht in Anspruch nahmen und den Antrag auf Ausreise stellten.*

Gabriele Schnell hat zusammen mit Wissenschaftlern vom Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam die ehemalige Häftlingskartei der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit auswerten können, Namen festgestellt, Angaben zu ihrer Haftdauer. Mit vielen ehemaligen Häftlingen hat sie Kontakt aufgenommen, sich ihr Schicksal berichten lassen. Diese Berichte sind jetzt nachzulesen in Aktenordnern oder an einigen Hörstationen zu erleben und vermitteln die Tragweite der politischen Verfolgung nach dem Krieg mit all ihren Facetten. Aufgezeichnet ist auch das Schicksal von Hermann Franke. 1982 wurde er verhaftet und saß zunächst sieben Monate im „Lindenhotel“ in Potsdam ein. Die Haftbedingungen hatten sich zwar geändert, körperliche Repressalien musste man nicht mehr befürchten. Human waren die Haftmethoden der Stasi deswegen noch lange nicht:

## **TAKE 4**

*Das ging damit los, das man zu verschiedenen Tages- u. Nachtzeiten zum Verhör geholt wurde, dann wieder eine Woche nicht, dass mir gedroht wurde mit 10. Jahren*

*Freiheitsstrafe, wenn ich nicht Spionage zugebe, insofern man psychisch am Boden lag während dieser Zeit.*

Nicht wenige Inhaftierte leiden bis heute unter den Folgen des Psycho-Terrors. Für die mehr als 100 ehemaligen Insassen und Angehörigen, die zur feierlichen Einweihung der Gedenkstätte nach Potsdam gereist sind, ist dieser Tag ein Tag der Wiedergutmachung. Hermann Franke:

#### **TAKE 5**

*Der heutige Tag ist wertvoll, weil man in den feierlichen Reden gemerkt hat, dass heute nicht mehr Macht vor Recht geht, dass man das Schicksal derjenigen würdigt, die von der Stasi drangsaliert wurden.*

### **MWFK-Pressemitteilung Nr. 18/07, 21.2.2007**

Kulturministerin Prof. Dr. Johanna Wanka hat heute die neue Dauerausstellung zur Geschichte des Potsdamer Gefängnisses Lindenstraße eröffnet.

„Die Lindenstrasse ist als ein Ort politischer Justiz und als zentrale Einrichtung zur Verfolgung politisch Andersdenkender zu verstehen. Sie demonstriert die Kontinuität politischer Verfolgung im 20. Jahrhundert“, erinnerte die Ministerin.

Das Haus Lindenstraße 54 diente bereits in der Zeit des Nationalsozialismus als politisches Gefängnis. Ab dem Sommer 1945 nutzte der sowjetische Geheimdienst es als Untersuchungsgefängnis. Viele der bis 1952 inhaftierten Häftlinge wurden von sowjetischen Militärtribunalen zum Tode verurteilt und in Moskau hingerichtet. Dieser Hingerichteten wird in der Ausstellung besonders gedacht.

Im Jahr 1952 wurde das Haus dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR übergeben. Bis 1989 blieb es Gefängnis und Ort für Verhöre politischer Gefangener. Erhalten geblieben ist die Häftlingskartei der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Potsdam. Danach wurden hier bis zur Wende 7000 Menschen als Untersuchungshäftlinge eingesperrt, davon fast 1000 Frauen. Nahezu allen wurden politische Delikte vorgehalten: Spionage, Sabotage, Diversion, staatsfeindliche Hetze, Republikflucht, Beeinträchtigung staatlicher und gesellschaftlicher Tätigkeit.

Die neue Ausstellung soll das Gefängnis für Besucher stärker erlebbar machen als bisher, unter anderem über die Erinnerungen der ehemaligen Häftlinge. Die Ausstellung wurde gemeinschaftlich finanziert von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, dem brandenburgischen Kulturministerium, der Stadt Potsdam sowie privaten Förderern.

### **Potsdamer Neueste Nachrichten, 19.2.2007**

**Langjährige Haft oder zum Tode verurteilt - Dauerausstellung über das „Lindenhotel“**

Die Geschichte der Lindenstraße 54 als Ort des sowjetischen Geheimdienst- und Stasi-Untersuchungsgefängnisses erzählt eine Dauerausstellung, die am kommenden Mittwoch eröffnet wird. Diese Ausstellung wurde vom Potsdam-Museum und dem Zentrum für Zeithistorische Forschung gemeinsam erarbeitet. Am Eröffnungstag wird der Oberbürgermeister Jann Jakobs einen Empfang für ehemalige Häftlinge ausrichten.

Von 1945 bis 1952 betrieb der sowjetische Geheimdienst in der Lindenstraße 54/55 das zentrale sowjetische Geheimdienstgefängnis für das Land Brandenburg. Die während dieser sieben Jahre Inhaftierten wurden im Gerichtssaal des Hauses von sowjetischen Militärtribunalen verurteilt – zu langjährigen Haftstrafen oder zum Tode. Nach der Übergabe des Anwesens in der Lindenstraße an das Ministerium für Staatssicherheit befand sich hier das Stasi-Untersuchungsgefängnis für den Bezirk Potsdam. Kurz nach der Wende engagierten sich Mitarbeiter des Potsdam-Museums für den Erhalt des Gedenkortes, der 1995 auf Initiative der Fördergemeinschaft „Lindenstraße 54“ per Stadtverordnetenbeschluss zur Gedenkstätte erklärt wurde. Mit der neuen Ausstellung, die den aktuellen Forschungsstand wiedergibt, können sich jetzt Einzelbesucher der Gedenkstätte über die Epochen „Sowjetisches Geheimdienstgefängnis“ und „Stasi-Gefängnis“ sowie über exemplarische Häftlingsschicksale informieren. Kuratorin der Ausstellung ist Gabriele Schnell, die sich bereits seit mehreren Jahren mit der Aufarbeitung der Geschichte des so genannten „Lindenhotels“ befasst. /PNN

## **Potsdamer Neueste Nachrichten, 17.2.2007**

### **Toleranz hat Grenzen!**

**Michael Erbach** ist davon überzeugt, dass die Wiederaufarbeitung der DDR-Geschichte weiter notwendig ist – diese Woche hat gezeigt, warum

Die Fördergemeinschaft Lindenstraße 54 hat sich dem Ziel verschrieben, aus dem früheren Gefängnis des sowjetischen Geheimdienstes und der DDR-Staatssicherheit eine Gedenkstätte zu gestalten. Die Mitglieder des Vereins sind von der Notwendigkeit ihres Tuns überzeugt. Allerdings hat es der Verein nicht leicht, denn Bemühungen um das Vergessen von DDR-Vergangenheit sind in Potsdam groß. Ob aus Scham, ob aus Angst vor der Wahrheit, ob aus dem Drang zum Verdrängen oder aus politischem Kalkül – das sei dahingestellt.

Doch die Geschichte holt uns immer wieder ein. In dieser Woche lud ein Seniorenheim die Presse ein, um den Geburtstag eines 100-Jährigen öffentlichkeitswirksam zu begehen. Nur war jener Hermann Wohlgethan zu DDR-Zeiten Oberrichter und hat – nach Auffassung der Staatsanwaltschaft, die nach der Wende Ermittlungen aufnahm – in mindestens 63 Fällen DDR-Recht gebeugt, indem er überharte Strafen verhängte. Im Altersheim brüstet er sich jetzt mit seiner Vergangenheit, stolz zeigt er seine Ordenssammlung aus der SED-Zeit. Keinerlei Reue. Oberbürgermeister Jann Jakobs hat sich mittlerweile dafür entschuldigt, dass die Stadt diesem Unbelehrbaren offiziell zum Jubiläum gratulierte. Dies ist das Mindeste, was Jakobs tun konnte. Die Forderung von Opfern und Bürgerrechtlern ist richtig: Solch einem Mann gratuliert man nicht! Toleranz hat Grenzen!

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Reaktion des PDS-Fraktionschefs und Landtagsabgeordneten Hans-Jürgen Scharfenberg. Nicht nur, dass er sich über die Entschuldigung von Jakobs im Hauptausschuss empörte – ein PNN-Journalist, der an der kritischen Berichterstattung über Wohlgethan und seinen Geburtstag beteiligt war und damit zur Wahrheitsfindung beitrug, wurde von ihm übelst beschimpft. Man muss wissen: Scharfenberg ist innenpolitischer Sprecher der PDS-Landtagsfraktion. Er muss wissen, dass Wohlgethan selbst gegen DDR-Recht verstoßen hat und dass er seiner Strafe nur entkam, weil er aus Altersgründen als verhandlungsunfähig eingestuft wurde. Wir leben in einer toleranten Gesellschaft. Die Vergangenheit wird nicht permanent bemüht – diesen Umstand genießt auch Hans-Jürgen Scharfenberg, der selbstverständlich politisch frei agieren kann und auch soll, obwohl er vom 24. November 1976 bis zum 9. September 1985 unter dem Decknamen „Hans-Jürgen“ als Informeller Mitarbeiter (IM) der Stasi geführt wurde. Niemandem soll allein aus seiner Vergangenheit ein Nachteil erwachsen. Doch niemand darf erwarten, dass heutiges Agieren unbemerkt bleibt. Auch wegen der Vergangenheit.

## **Potsdamer Neueste Nachrichten, 6.2.2007**

### **Für „Verbrecherfotos“ ins Licht gedreht**

**Leiden der Opfer des Stalinismus ab 21. Februar in neuer Ausstellung in der Lindenstraße dargestellt**

Mit der Hand setzen die Besucher im ehemaligen KGB- und Stasiuntersuchungsgefängnis Lindenstraße 54 die Hörstation in Gang: Peter Runge schildert seine Verhaftung im Mai 1946, nachdem Einstein-Schüler auf der Demonstration zum Protest gegen die undemokratische Entwicklung in Ostdeutschland weiße statt roter Nelken angesteckt hatten. Die Hörstation bildet mit zwei Häftlingszellen, einem Opfer-, einem Archivraum jenen Teil der neuen Dauerausstellung, in der das Schicksal der zwischen 1945 und 1952 vom KGB verfolgten, zu Lagerstrafen oder zum Tode verurteilten Potsdamer und Brandenburger dargestellt wird.

In weiteren fünf Räumen wird auf die Stasizeit ab 1952 eingegangen. Hier sieht der Besucher auch eine originale „Fotozelle“, in der eine simple Mechanik den Stuhl mit dem Häftling ins Scheinwerferlicht drehte, um in von allen Seiten für die „Verbrecherkartei“ abzulichten. Mit optischen Effekten wird ein Raum in den Blick gerückt, in dem die Inhaftierten ihre Zivilkleidung gegen ausrangierte Armeeklamotten tauschen mussten. Sie erhielten ein Unterhemd und eine -hose, ein Paar Socken, ein Taschentuch und ein Kamm.

Am 21. Februar wird die neue Dauerausstellung eröffnet, deren Konzept Kuratorin Dr. Gabriele Schnell gemeinsam mit Dr. Hans-Hermann Hertle vom Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) Potsdam erarbeitet hat. Es wird jetzt durch Stefan Charné von der Agentur „freybeuter“, gestalterisch umgesetzt. Dabei werden Fantasie und Findigkeit gefordert, denn die Möglichkeiten sind bescheiden. Die Stiftung „Aufarbeitung“, das Kulturministerium, die Sparkassenstiftung, die Stadt Potsdam und einige Vereine haben rund 60 000 Euro zur Verfügung gestellt. Zum Vergleich: Das Museum im ehemaligen Notaufnahmelaager für DDR-Flüchtlinge Berlin-Marienfelde erhielt dagegen 1,3 Millionen Euro.

Hinzu kommt, dass die Potsdamer einen „Vernehmerraum“ nicht im Original zeigen können, weil er von der im gleichen Gebäude sitzenden Denkmalbehörde genutzt wird. Schnell und Hertle haben die finanziellen und räumlichen Probleme auf bemerkenswerte Weise gelöst. So zieht sich ein „Band des Erinnerns“ mit den Namen der Opfer durch die gesamte Ausstellung, das an auch detailliert auf Einzelschicksale eingeht. Aufsteller auf den Höfen und den Fluren informieren den Besucher, dass bei den Verurteilungsgründen „Republikflucht“, „Spionage“ und „staatsfeindliche Hetze“ an der Spitze standen. Offengelegt wird ebenso die Struktur des Stasi-Apparats, ohne allerdings Täter namentlich zu nennen.

Trotz der Beschränkungen gehen Schnell und Hertle davon aus, dass die Ausstellung einen erheblichen Fortschritt darstellt. „Bisher verließen die Besucher das Gefängnis mit einem unbestimmten Gefühl des Grauens, künftig können sie das Geschehen in die historischen Zusammenhänge einordnen“, erklärt die Kuratorin. Schnell steht mittlerweile mit mehr als 100 Opfern der KGB-Zeit in Kontakt. Von ihnen erhofft sie sich neue Erkenntnisse, die die Ausstellung noch erweitern könnten.

Hertle erwartet, dass für die Betreuung der Ausstellung und die weiteren Forschungsarbeiten bald eine Personalstelle eingerichtet wird. Ebenso seien eine verbesserte Werbung vonnöten. Auch habe das Potsdam-Museum sein Versprechen bisher nicht eingelöst, die Gedenkstätte ab Januar wöchentlich fünf statt bislang nur drei Tage zu öffnen. Dies soll jedoch spätestens bis zur Ausstellungseröffnung geschehen. Zudem werden die Veranstaltungen im Vortragssaal des Gebäudes fortgesetzt und intensiviert. Hier hat Schnell einen von ihr aufgefundenen Plan aufgehängt, der leider in der Ausstellung nicht mehr untergebracht werden konnte. Er zeigt an den Fenstern Schützenplätze, von denen aus das Gebäude militärisch verteidigt werden sollte. Als die Bürgerbewegung im Dezember 1989 den Zutritt zum Stasigebäude erzwang, kam es dazu glücklicherweise nicht mehr./ E. Ho.